



- Landesapothekerkammer - Brandenburg



Landesapothekerkammer Brandenburg

Alternative für Deutschland –
Landesverband Brandenburg
Herrn Dr. Alexander Gauland
August-Bebel-Str. 76

14482 Potsdam

Postanschrift:

Am Buchhorst 18
14478 Potsdam

Tel.: 0331/888 66-0
Fax: 0331/888 66-20
E-Mail: kammer@lakbb.de
<http://www.lakbb.de>

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
fu

Datum:
06.08.2014

Sehr geehrter Herr Doktor Gauland,

die Mitglieder der Landesliste der AfD Brandenburg sind mit reichlich Fachwissen ausgestattet, allerdings gehen wir davon aus, dass Sie Hinweise für den gesundheitlichen Bereich dankbar entgegennehmen.

Nach dem Studium Ihres Wahlprogramms haben wir festgestellt, dass die Gesundheit lediglich von Medizin und Pflege bestimmt ist. Aber nur, weil etwas gut funktioniert, kann man es nicht vernachlässigen.

Die Arzneimittelversorgung, und zwar flächendeckend, wird über die Apotheken sichergestellt. Ohne Arzneimittel – egal, ob verordnet oder in der Selbstmedikation der Patienten – kann eine ärztliche Therapie nicht zum Erfolg führen. Und: Eine Arzneimitteltherapie ist immer deutlich kostengünstiger als ein Krankenhausaufenthalt.

Die Politik bedient sich auch gern der Apotheken, wenn beispielsweise im Pandemiefall die Impfstoffversorgung zu sichern ist. Das ist aber nur mit gut ausgebildetem Fachpersonal zu gewährleisten.

Da ist es schon einmal positiv, wenn die AfD „deshalb für Brandenburg: Ein Zukunftsprogramm „Gesundheit und ländlicher Raum“ [fordert].“ Denn auch uns ist es ein großes Anliegen, die wohnortnahe Arzneimittelversorgung der Bevölkerung unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen zu erhalten. Das schließt mit ein, dass der Patient auch im Notfall nicht darauf angewiesen ist, seine Arzneimittel in Großstädten (oder über das Internet) zu beziehen. Die Arzneimittelpreisverordnung garantiert besonders im Krankheitsfall eine adäquate Versorgung. Das deckt sich mit Ihren formulierten Zielvorstellungen. „Die Alternative für Deutschland will die Stärken Brandenburgs ausbauen und für die Vorzüge des märkischen Lebensstils werben: „Bodenständig und frei leben“ bedeutet für uns, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit der Bürger abzusichern, ein selbst bestimmtes Leben zu fördern und die Grundlagen für zunehmenden Wohlstand zu stärken.“ Sie „lehnt eine ... Wegzugsprämie ab ... [und] möchte erreichen, dass alte Menschen in ihrer vertrauten Umgebung alt werden können. Ein Wegzug bedeutet für sie meistens Entwurzelung und Isolierung, da sie vielfach keine Möglichkeit mehr haben, neue Freundschaften und tragfähige Beziehungen zu knüpfen.“

„Die AfD setzt sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Insbesondere die langen Wege zur Arbeitsstelle und zum Kindergarten oder zur Schule kosten Zeit, die der gemeinsamen Familienzeit verloren geht. Die Arbeitsbedingungen müssen daher familienfreundlicher werden.“ Das ESF-Modellprogramm unternehmensWert: Mensch unterstützt durch professionelle Beratung bei der Suche, um passgenaue Lösungen für den Betrieb zu entwickeln und umzusetzen – von Themen wie Gesundheitsförderung über flexible Arbeitszeiten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. – Die Apotheker haben dieses Ziel schon umgesetzt, auch ohne Fördergelder.

Ein wichtiges Anliegen ist Ihnen auch, „die vorbeugende Gesundheitserziehung und Information aus[zu]bauen. Durch entsprechende Präventionsprogramme und Angebote in Kindergarten und Schulen soll erreicht werden, dass die jungen Menschen von vornherein für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert werden und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung angeregt werden.“ Das Gemeinschaftsprojekt „Gesunde Schule“ läuft bereits einige Jahre, auch daran beteiligen sich die Apotheker. Aber ohne Fachpersonal geht es nicht. Mit der Wiedervereinigung ist die weitere Ausbildung von Pharmazieingenieuren eingestellt worden. 25 Jahre passierte vor allem in Brandenburg nichts, diese vorprogrammierte Lücke des Ostens zu schließen. So gibt es hier nun doppelten Notstand, da auch (neben Bremen) nur in unserem Bundesland keine Pharmazieausbildung angeboten wird. Dabei könnten einfach bereits existierende Studiengänge mit außeruniversitären Instituten kooperieren. Nicht einmal zusätzliches Geld wäre notwendig, wenn man nicht benötigte und im Arbeitsmarkt nicht nachgefragte Ausbildungen zugunsten der Pharmazie reduzieren würde.

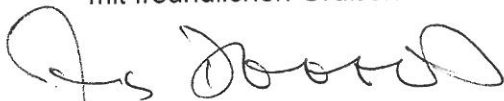
Es ist begrüßenswert, dass Sie sich „dafür einsetzen, dass ... eine bedarfsgerechte Zahl von Ausbildungsplätzen ... vorgehalten wird“, auch wenn Sie in Ihrem Wahlprogramm nur auf die „Fachkräftesicherung in den Berufsgruppen der Medizinerinnen und Mediziner, der Pflegekräfte und der weiteren Gesundheitsfachberufe“ eingehen. In der Hoffnung, Ihnen die Bedeutung der Arzneimittelversorgung nahegebracht zu haben, würden wir uns freuen, wenn Sie Ihrem Wahlprogramm folgen: „Hierbei sollen die Nachwuchsförderung, der Verbleib im Beruf, ... einen größeren Stellenwert erhalten.“

In Vorbereitung der Landtagswahl wollen wir Ihre Positionierung zu diesem konkreten Thema veröffentlichen. Wollen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – unabhängig davon, ob auf Seiten der Regierung oder der Opposition – für die **Implementierung eines Studienganges Pharmazie an der Universität Potsdam** verwenden?

Wir freuen uns auf Ihre **Unterstützung**, die gleichzeitig Ihr Wahlprogramm mit Leben erfüllen würde.

In diesem Sinne
verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



Jens Dobbert
Präsident